

## Zugang von KMUs zu Finanzmitteln

Die EZB hat Ende April ihren sechsten Bericht zu den Ergebnissen der Umfrage über den Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen (KMUs) des Euro-Währungsgebiets zu Finanzmitteln (Survey on the access to finance of small and medium-sized enterprises (SMEs) in the euro area) veröffentlicht. Die Erhebung wurde vom 29. Februar bis zum 29. März 2012 unter Mitwirkung von 7 511 Unternehmen im Euroraum durchgeführt. Der Bericht enthält in erster Linie Angaben zu Änderungen der Finanzlage und des Finanzierungsbedarfs von KMUs im Eurogebiet sowie zu deren Zugang zu Finanzmitteln im Vergleich zu Großunternehmen von Oktober 2011 bis März 2012. Darüber hinaus bietet er einen Überblick über die Entwicklung des Zugangs zu Finanzmitteln in den einzelnen Euro-Ländern.

Wie aus den Ergebnissen der Umfrage hervorgeht, nahm der Außenfinanzierungsbedarf der KMUs im Euro-Währungsgebiet von Oktober 2011 bis März 2012 zu. Gleichzeitig hat sich der Zugang zu Bankkrediten weiter verschlechtert. Per saldo meldeten die Unternehmen eine geringere Verfügbarkeit von Bankkrediten (20 Prozent nach 14 Prozent). Außerdem deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Ablehnungsquoten bei der Beantragung von Bankkrediten etwas gestiegen sind (von zehn Prozent auf 13 Prozent). Unterdessen blieb der Anteil der Teilnehmer, die den Zugang zu Finanzmitteln als größtes Problem nannten, weitgehend unverändert bei 17 Prozent (nach zuvor 16 Prozent).

Die Umfrage wurde in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission entwickelt. Eine gemeinsame Erhebung der EZB und der EU-Kommission findet alle zwei Jahre statt. Diese Umfragerunde wurde ausschließlich von der EZB veranlasst, die einen Teil der Umfrage halbjährlich wiederholt, um die jüngste Entwicklung der Finanzierungsbedingungen von Unternehmen im Euro-Währungsgebiet einzuschätzen. Der Bericht findet sich zusammen mit detaillierten statistischen Tabellen und zusätzlichen Aufschlüsselungen auf der Website der EZB unter [www.ecb.europa.eu](http://www.ecb.europa.eu) im Abschnitt „Statistics“ unter „monetary and financial statistics“/„Surveys“/„access to finance of SMEs“.

### Finanzmarktintegration: Rückschlag in 2011

Das Finanzsystem im Euro-Währungsgebiet war im Jahr 2011 stark von der Verschärfung der Staatsanleihenkrise beeinflusst. Infolgedessen hat sich die Integration der Märkte weiter verschlechtert. Zur Sicherung der beträchtlichen Vorteile, die in den vergangenen 25 Jahren für die Bürger Europas erzielt wurden, sollten die Verbesserungen des Binnenmarktprogramms und die Stärkung des politischen Handlungsrahmens des Euroraums weiter vorangebracht werden. Dies sind die wesentlichen Schlussfolgerungen des diesjährigen Berichts der EZB über die Finanzmarktintegration in Europa (Financial Integration in Europe), der Ende April im Rahmen einer Konferenz vorgestellt wurde.

An der dritten dieser jährlich stattfindenden, gemeinsam von der EZB und der EU-Kommission organisierten Veranstaltung zum Thema „Financial integration and stability: towards a more resilient single EU financial market“ nahmen Vertreter aus den Bereichen Geldpolitik, Finanzmärkte, Wissenschaft und Politik teil, die die Auswirkungen der Krise auf den einheitlichen EU-Finanzmarkt erörterten. Zu den Rednern zählen EZB-Präsident Mario Draghi und Vizepräsident Vítor Constâncio, EU-Kommissar Michel Barnier und Peter Sutherland, CEO von Goldman Sachs International und ehemaliger EU-Kommissar. In zwei separaten Diskussionsrunden werden die Wege zur Wiederbelebung des einheitlichen EU-Finanzmarkts sowie die Auswirkungen der makroökonomischen Ungleichgewichte und der Staatsanleihenkrise auf die Finanzmarktintegration im Euro-Währungsgebiet behandelt.

Die wichtigsten Erkenntnisse des EZB-Berichts „Financial Integration in Europe“ von 2012, der sich auf der Website der EZB findet, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

– Seit 2007 und insbesondere nach der Verschärfung der Krise an den Staatsanleihenmärkten Europas im Jahr 2011 hat sich die Finanzmarktintegration in Europa deutlich verlangsamt.

– Diese Entwicklung steht im Gegensatz zum stetigen Fortschritt, der in den ver-

gangenen 25 Jahren bei der Finanzmarktintegration beobachtet werden konnte und auf die politischen Initiativen auf europäischer Ebene im Rahmen des EU-Binnenmarktprogramms zurückzuführen ist. Die daraus resultierenden beträchtlichen Vorteile für die Bürger Europas bilden einen der Schwerpunkte des diesjährigen Berichts der EZB, der auf der Konferenz vorgestellt wurde.

– Die Verbesserungen des Binnenmarktprogramms und die Stärkung des politischen Handlungsrahmens des Euroraums, so der Bericht, im Hinblick auf die Bankenaufsicht sowie die Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen – verbunden mit politischen Maßnahmen auf nationaler Ebene – weiter vorangebracht werden. Die derzeitigen institutionellen Reformen in der Europäischen Union stellen einen Schritt in Richtung einer Fiskalunion und eines integrierten Rahmens zur Finanzmarktregulierung und -aufsicht innerhalb der EU dar und werden im weiteren Verlauf zu einem besseren und widerstandsfähigeren gesamtwirtschaftlichen und finanziellen Umfeld beitragen.

### T2S-Rahmenvertrag unterzeichnet

Im Rahmen einer von der EZB ausgerichteten Feierlichkeit wurde in der zweiten Maiwoche 2012 der T2S-Rahmenvertrag vom Eurosystem und einer ersten Gruppe von neun Zentralverwahrern unterzeichnet: Bank of Greece Securities Settlement System – BOGS (Griechenland), Clearstream Banking AG (Deutschland), Depozitarul Central S.A. (Rumänien), Iberclear (Spanien), Lux-CSD S.A. (Luxemburg), Monte Titoli S.p.A. (Italien), National Bank of Belgium Securities Settlement System – NBB-SSS (Belgien), VP LUX S.à.r.l. (Luxemburg) und VP Securities A/S (Dänemark).

Die Unterzeichnung des Rahmenvertrags wird von der EZB als wichtiger Meilenstein im T2S-Projekt gewertet. Er regelt die rechtliche Beziehung zwischen dem Eurosystem und den einzelnen an T2S teilnehmenden Zentralverwahrern. Nach mehr als zweijährigen Verhandlungen wurde er im November 2011 schließlich 31 europäischen Zentralverwahrern zur Unterzeichnung bis April 2012 oder, falls mehr Zeit benötigt würde, bis Juni 2012 angeboten.

Auf die Zentralverwahrer, die den Vertrag unterzeichnet haben, entfallen etwa zwei Drittel des gesamten Abwicklungsvolumens im Euro-Währungsgebiet. Im Juni 2012 erwartet die EZB die Unterschrift weiterer Zentralverwahrer.

### Geldvermögensbildung und Finanzierung 2011

Das Geldvermögen der privaten Haushalte ist nach Bundesbankzahlen im Jahre 2011 trotz der signifikanten Kursverluste an den Kapitalmärkten gestiegen und lag am Jahresende bei 4 715 Milliarden Euro. Die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte lag im Jahre 2011 mit knapp 149 (154) Milliarden Euro weit über ihrem langjährigen Durchschnitt. Ein Großteil der Zuwächse entfiel wie üblich auf Einlagen bei Banken und auf Ansprüche gegenüber Versicherungen. Die Bankeinlagen (einschließlich Bargeld) nahmen netto um rund 67 Milliarden zu (darunter die täglich fälligen Sichteinlagen einschließlich Bargeld mit 40 Milliarden Euro und Termineinlagen netto Mittel plus 18 Milliarden Euro).

Nettozuflüsse gab es auch bei den Spareinlagen (einschließlich Sparbriefen) in Höhe von insgesamt rund acht Milliarden Euro. Festverzinsliche Wertpapiere (einschließlich Geldmarktpapiere) wurden in Höhe von rund zwei Milliarden Euro verkauft, vor allem in der zweiten Jahreshälfte. Einen besonders starken Abfluss in Höhe von 15 Milliarden Euro verzeichneten auch Investmentzertifikate. Die sehr regelmäßig ansteigenden Ansprüche gegenüber Versicherungen haben im Jahr 2011 um gut 48 Milliarden Euro zugenommen. Die transaktionsbedingte Zunahme des Geldvermögens wurde durch Bewertungsänderungen im Umfang von knapp 92 Milliarden Euro geschmälert.

Gleichzeitig hat 2011 die Verschuldung der privaten Haushalte leicht auf rund 1 550 Milliarden Euro zugenommen. Dabei wurden per saldo Kredite (einschließlich sonstige Verbindlichkeiten) in Höhe von rund elf Milliarden Euro aufgenommen, vor allem Wohnungsbaukredite. Die Verschuldungsquote, definiert als Anteil der gesamten Verbindlichkeiten am Bruttoinlandsprodukt betrug am Ende der Beobachtungsperiode rund 60 Prozent.